

Volksrecht

für Schlessen · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Fürststraße 4/6, Matthesstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus für entrichteten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 5 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Postfachkonto: Breslau 5352. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Freitag, den 27. Mai 1932

Nr. 122

Vor einer Umbildung der Reichsregierung

Brüning verhandelt Sonntag mit Hindenburg

Hindenburg regt Änderungen der geplanten Notverordnung an
Groeners Gesamttritt möglich

Der Reichspräsident kehrt am Sonntag Vormittag von seinem Erholungsurlaub aus Neudeck zurück. Mittags um 12 Uhr wird er den Reichskanzler zum Vortrag empfangen. Diese Besprechung wird Klarheit darüber schaffen, ob die Besetzung der Reichsregierung gegen Brüning erfolgreich gewesen ist, oder ob der Reichskanzler nach wie vor das uneingeschränkte Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt.

Zwischen ist der Reichspräsident durch seinen Staatssekretär über die nächsten Pläne des Reichskanzlers informiert worden. Im Verlauf dieser Unterredung hat Hindenburg gewisse Änderungen an dem Entwurf der neuen Notverordnung angeregt, denen die Reichsregierung entsprechen will. In unzureichenden politischen Kreisen schlussfolgert man daraus, daß der Reichspräsident keineswegs daran denkt, die neue Notverordnung nicht gegenzusetzen und er in der innen- und außenpolitischen Zielsetzung nach wie vor mit dem Reichskanzler übereinstimmt. Das trifft jedoch keineswegs für das gesamte Kabinett zu. Man rechnet deshalb nicht nur mit einer Ergänzung der gegenwärtigen Regierung Brüning, sondern mit einer Umbildung, bei der Groener auch als Reichsinnenminister nicht mehr in Betracht kommen soll.

Der Nazimörder von Jellened entdeckt

Seine Verhaftung eingeleitet

Im Berliner Jellened-Prozess ist eine überraschende Wendung eingetreten.

Der Verteidiger der angeklagten Kommunisten teilte dem Gericht am Donnerstag mit, daß er den Mörder des erschossenen Arbeiters Klemente einwandfrei ermittelt habe. Der Betreffende sei als Zeuge geladen. Er, der Verteidiger, habe ursprünglich die Ansicht gehabt, gegen den Mordhülften erst bei seiner Vernehmung vorzugehen, inzwischen hätten gewisse Dinge ihn veranlaßt, schnell zu handeln. Der Verteidiger hat das Gericht, die Verhandlung zu unterbrechen. Er wäre bereit, die Staatsanwaltschaft den Täter zu nennen, müße es aus begründeten Gründen jedoch ablehnen, den Täter in öffentlicher Sitzung zu bezeichnen.

Das Gericht kam dem Wunsch des Rechtsanwalts nach. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte Staatsanwaltschaftsrat Stehning mit, daß er alle notwendigen Schritte unternommen habe, um die umgehende Verhaftung des Beschuldigten durchzuführen. Es soll ein Funktionär der aufgelösten SA sein.

In 30 Provinzstädten, wo auch Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, konnte ebenfalls viel belastendes Material beschlagnahmt werden.

Staatsparteiler gegen Unterstützung der Nazis

Der Wahlkreisverband Potsdam der Deutschen Staatspartei hat beim Reichs-Parteivorstand der Deutschen Staatspartei beantragt, allen Reichstagsfraktionen und Landtagsabgeordneten der Staatspartei die Bildung von Regierungen mit Nationalsozialisten oder die Unterstützung von Regierungen mit Nationalsozialisten zu untersagen. Dieser Antrag ist darauf zurückzuführen, daß die württembergische demokratische Fraktion, allerdings vergeblich, mit den Nationalsozialisten über eine Regierungsbildung verhandelt hat.

Wann soll der Reichstag wieder tagen?

In Kreisen der Reichsregierung neigt man zu dem Wunsch, die Pause in den Reichstagsverhandlungen zu verlängern. Der Reichstag selbst hätte bei der Vertagung den Wunsch zum Ausdruck gebracht, am 6. Juni zusammenzutreten. Reichstagspräsident Löbe wird in der Reichstagsratifikation am kommenden Dienstag diesen Wunsch vertreten. Der Reichstagspräsident wird sich auch mit der Frage zu beschäftigen haben, ob auch bei einer bloßen Vertagung des Reichstages die in der Vertagung erwähnte Minderheit das Recht zu vorzeitiger Einberufung des Reichstages haben soll. Für den Preussischen Landtag ist dieses Recht der Minderheit durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs festgestellt worden.

Das Reich soll Sachsens Defizit decken

Dresden, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die sächsische Regierung hat den Staatshaushaltsplan für 1932 verabschiedet. Der Haushalt ist mit 345 924 800 Mark ausgeglichen. Dem an sich vorhandenen Unterchiedsbetrag zwischen Ueberschüssen und Zuschüssen ist ein gleichhoher Einnahmeposten in Höhe von 22,3 Millionen Mark gegenübergestellt, der vom Reich als Abschlagszahlung auf die Zinsen der Raupressen-Restforderung für die Abfertigung der Eisenbahn an das Reich gefordert wird. Auf diese Zahlung habe Sachsen — so teilt die sächsische Regierung mit — einen vom Reich aus anerkannten Rechtsanspruch, der jetzt mit Nachdruck gegen das Reich im Rechtswege weiterverfolgt werde.

Wechsel im Meldedirektorium

Königsberg, 27. Mai. (Eig. Funterbericht.)

Der Präsident des litauischen Direktoriums, Simaitis, tritt zurück. Er hat dem neuen Gouverneur Gajda sein Rücktrittsschreiben im Hinblick auf die Gemeinwahlen bereits überreicht. Bis zur Neubildung des Direktoriums wird Simaitis die Geschäfte weiterführen.

Sachverständigenberatung über die Finanzlage Südosteuropas

Paris, 27. Mai. (Eig. Funterbericht.)

In der kommenden Woche tritt in Paris gemäß einem Beschluß des Völkerbundsrats eine Konferenz von Delegierten des Finanzausschusses des Völkerbundes und von Sachverständigen der Sachämter von Frankreich, England, Deutschland und Italien zusammen. Sie soll den Bericht des Finanzausschusses über die Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Finanzen Österreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands einer eingehenden technischen Prüfung unterziehen. Es handelt sich also nicht um eine Beratung zur Vorbereitung der Lausanne-Konferenz wie eine Londoner Arbeitung vermuten ließ. Die beiden deutschen Vertreter auf der Konferenz sind Direktor Klemperer von der Bank Menckelsohn und Ministerialdirektor, Graf Schmerin, vom Reichsfinanzministerium.

Die Folgen der Naziroheit im Landtag

Das Zentrum verzichtet auf Regierungsverhandlungen mit den Nazis

Am Donnerstag sollte zwischen Zentrum und Nationalsozialisten die erste Fühlungnahme wegen der Neubildung der preussischen Regierung vor sich gehen. Angesichts der blutigen Schlägerei im Landtag, an der die Nationalsozialisten ausschlaggebend beteiligt waren, hat das Zentrum jedoch auf diese vorläufige Fühlungnahme verzichtet.

In einem Berliner Bericht des hiesigen Zentrumskorrespondenten, der „Schlesischen Volkszeitung“, wird sogar behauptet, daß „nach der Auffassung politischer Kreise die getriggen Vorgänge im Preussischen Landtag nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung im Reich bleiben können.“

Paris, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der „Temp“ schreibt zu der Schlägerei im Preussischen Landtag: „Die Standalphenen, die sich am Mittwoch im Preussischen Landtag abgesehen haben, geben eine Idee davon, was aus den parlamentarischen Sitten in Deutschland zu werden droht, wenn Nazis und Kommunisten die Herren der Lage im Landtag werden.“

Berlin, 26. Mai.

In preussischen parlamentarischen Kreisen außerhalb der radikalen Flügelparteien hat der schwere Zusammenstoß in der Mittwochsitzung große Erregung ausgelöst. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, ist besonders in Zentrumskreisen die Meinung verbreitet, daß solche Vorfälle für die Zukunft unbedingt vermieden werden müßten, falls eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten als möglich angesehen werden sollte. Es ist anzunehmen, daß der Sprecher des Zentrums diese Auffassung in der Reichstagsratifikation mitgeteilt hat, die nach den Schlägereien stattgefunden hat. Auch dürfte damit zu rechnen sein, daß, sollten bindende Zusicherungen in dieser Hinsicht nicht gegeben werden, das Zentrum nicht ohne weiteres geneigt ist, bei der endgültigen Präsidentschaftswahl in vier Wochen seine Stimmen abzugeben.

Auflösung der tschechischen faschistischen Jugendverbände

Hausdurchsuchungen bringen viel belastendes Material

Die tschechische Regierung hat die Bezirks- und Polizeiamter angewiesen, die illegalen Organisationen der tschechischen faschistischen Jugendverbände unverzüglich aufzulösen.

Auf Grund dieser Anweisung wurden in den Büros der faschistischen Bewegung und bei den Faschistenführern in Prag Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das beschlagnahmte Material ist so umfangreich, daß es auf einem Lastauto zur Polizeidirektion transportiert werden mußte. Zahlreiche höhere Staatsbeamte sind als Faschisten kompromittiert. Viele Personen, darunter der Bruder des ehemaligen Generals Gajda, wurden verhaftet. Gegen die Faschistenführer wurde Strafanzeige erlassen, da festgestellt ist, daß ihre Sturmtruppen in Südböhmen Handgranatenschießübungen veranstaltet haben. Der General Gajda wird ebenfalls vor Gericht gestellt, da er erwiesen ist, daß er mit Hitlers Vertrauensmann, dem Fabrikanten Schmidt-Rürnberg, in Verbindung stand.

Reichsmarine empfängt Hitler!

Ihm wird ein Kreuzer vorgeführt

Adolf Hitler wurde am Donnerstag bei der Reichsmarine mit großer Ehren empfangen. Er kam von Oldenburg, wo er sich kurzzeitig an der Wahlagitatio beteiligt. Hier waren auf dem Kreuzer „Adler“ bereits alle Vorbereitungen für seinen Empfang getroffen. Die Matrosen hatten Weisung, in feierlicher Kleidung aufzutreten. Führungsschiff für einen Rundgang durch das Schiff waren hergestellt worden und ebenso war auch ein Rholograph zur Stelle. Hitler und sein Stab wurden von dem Kommandanten, dem Kapitän zur See v. Schröder, selbst empfangen. Das

nimmt nicht wunder, denn es handelt sich bei diesem Kommandanten um den Sohn des politisch berühmtesten Admirals v. Schröder. Der herzlichste Begrüßung schloß sich ein Rundgang durch den Kreuzer an, bei dem der Kommandant selbst die Führung übernommen hatte. Herrn Hitler wurden Einrichtungen gezeigt, die noch keinem jemand zu sehen bekommen. Oben wurde ein Torpedogenerator vorgeführt. In Wilhelmshaven rief Hitlers Empfang bei der Reichsmarine in der Bevölkerung Aufsehen und Erregung hervor.

STADTHEATER
 Freitag, 20 bis 22.45
 Abonn.-Vorstellung C 16
Spiel oder Ernst?
Coppelia
 Sonnabend, 18 bis 22.30
 Abonn.-Vorstellung G 17
Zeitan und Jofide
 Sonntag, 14.30 bis nach 17.30
 (Ermäßigte Preise)
Die Blume von Samoil
 20.00 bis gegen 22.45
Die verkaufte Braut

LOBETHATER
 Freitag, 20.15-22.10
Gestern und heute
 Sonnabend 20.15 und täglich
Marguerite: 3

THEATHEATER
 Freitag, 20.15-22.15
Der Tag II.
 Sonnabend, 20.15 u. täglich
Beetend im Paradies

Beste Backwaren
 aller Art
 zu billigsten Preisen
Max Münzer
 Sonnenstraße 34.

Frad: nur Mohaupt
 Blücher-
 platz 20. I.
Leihweise
 Smoking u. Gehrodanzüge
 Klapphüte - Tel. 57082

Suchen Sie Geld?
 wie 1., 2. Hyp., Bettebög
 usw? Kostent. Aust. durch
 Otto Lange, Breslau 2
 Palmstraße 27.

Heute 20 Uhr Südpark-Konzert
 Alles was Sie brauchen an
Schuhbedarfsartikeln, Ledersohlen usw.
 kaufen Sie am besten bei
Walter Neuser, Neumarkt 21

Capitol
 Sonntag, den 29. Mai
 10 Uhr vorm.
Glitz von Berlin
Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Kleine Anzeigen
 sind in der **Volkswacht**
 billig u. erfolgreich

Zentral
 Theater - Wochenschauf. 10
 Die Woche der großen Tonfilm-Ereignisse:
Kenny Porter
 24 Stunden aus dem Leben einer Frau
 mit W. Rilla, Fr. Kaystler, W. Steinbeck
 Als 2. Tonfilm der sensationelle Ufa-Film
Helden der Luft
 mit Jack Holt, Ralph Graves
 Ein Filmwerk von unaussprechlicher Eindringlichkeit
Ufa-Wochenschauf: Volles Orchester.
 Beginn 16gl. 4.30 - Letzte Vorstellung 6.45 Uhr.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Gr. Jugendvorstellung** Helden der Luft
 Sonnabend, 28. Mai, nachts 11 Uhr:
Einmaliger Vortrag mit Lichtbildern
 Der verschüttete Bergmann Stamm
 schildert seine Lebens- u. d. Unglück auf Keiters-
 Zentrum-Grube 144 Stunden lebendig begraben
 Eintrittspreise von 50 - 50 Pf.

Primus PALAST
 Hubenstr. 10
Charlotte Ander Hermann Thimig
 2 Lieblingsdarsteller aus unvergesslichen Erfolgs-
 filmen im humorprüh. den Tonlustspiel
Zwei himmelblaue Augen
 Pikante Abenteuer der Liebe
 Ein toller Reigen von Verwicklungen und
 Verwechslungen
 Feinest:
Edgar Wallace
 spannendster Kriminalfilm
Der Schrecken von Piccadilly
 Ein Film der atemlosen Spannung 9539
Ufa-Wochenschauf
 Täglich 1/2, 5 Uhr! Erwerbslose halbe Preise!
 Sonntag 3 Uhr:
Große Jugend-Vorstellung!
 Sensation - Tempo - Humor

ATLANTIK
 Grabschener Straße 74 Tel. 58508
 Die Woche der großen Elite-Programme
Magda Schneider
 in der reizenden Tonfilm-Operette
Fräulein falsch verbunden
 mit Johannes Riemann-José Wedorn
 Ein Film voll einschmeichelnder Melodien
 und lebenswahrer Situationen.
 Dazu: Der Spionage-Groß-Tonfilm
Obersi Redi
 in den Glanzrollen Lil Dagover, Theodor Loos.
Ufa-Tonwoche
 Auf der Bühne: Bruno Wiener
 der sehenswerte Verwandlungskünstler.
 Anfangszeiten 5.00, 6.20, 9.00 Uhr.

WELTBÜHNE ASTORIA-PALAST
 Friedr.-Wilh.-Str. 35 Frl. - Str. 32
 7 lustige Tage!
 Ton-Groß- 1 Lustspiel
Ehe mit beschränkter Haftung!
 Die köstliche Geschichte einer lustigen Ehescheidung
 Georg Alexander, Charlotte Suss u. v. a.
 2
 Ein lustiger Stammfilm-
 Schlager **Der Maharadscha**
 von Demjanich
 6 tolle, lustige Akte
 Auf der 3 Bühne:
 1. Hella Hoffmann,
 die lust. Vortragkünstlerin
 2. Harry Hess,
 der komische Steplänzer
 Eine internationale
 Varieté-Attraktion
Avelow lustige
 Schauspieler
 W. 5, So. 3, letzte Vorst. 8 1/2, W 4 1/2, So 3, letzte Vorst. 8 1/2

Der Wahre Jakob
 Preis 25 Pf. Preis 25 Pf.
 Sozialdemokratisches Witzblatt
 Zu haben in den Volkswacht-Buch-
 handlungen und bei den Zeitungsträgern

Preise ermäßigt
BIS 15%
 ab 28. Mai!

DAMEN U. MÄDCHEN MÄNTEL-FABRIK
RG Leuchtag Nachf.
BRESLAU NUR NIKOLAISTR. 8/9
 ZAHLUNGSERLEICHTERUNG DURCH KUNDENKREDIT G. M. B. H.

20 extra billige Konfektions-Posten

Panama-Kleider feinfarb. u. weiß, Falten-
 Indanthren, bis Größe 48. Stück **2.45**

Musselinekleider hübsch jugendlich, reiz.
 Krag-Garn., medliche Muster. Stück **2.85**

Frauen-Musselinekleider mit halb-
 u. ganzen Arm, bis zu den größten Weiten
 Stück 7.50, 8.50 **3.95**

Praktische Gartenkleider aus gut-
 farbigen Waschstoffen, in allen, auch den
 größten Weiten Stück 3.50, 2.50 **1.85**

Trägerkleid reine Wolle, mit kunstseidenen
 Tuptenblüschchen, in allen guten Farben. Stück **7.50**

Praktische Frauenmäntel bis z. d.
 größten Weiten, in der modernen breiten Revers-
 form Stück 16.50, 12.50 **9.50**

Damen-Frühjahrmäntel flott und
 elegant verarbeitet, ganz aus schwerer Kunst-
 seide gefüttert, Stück 16.50, 14.50 **12.50**

Wasch-Schulkleider prima Wasch-
 museline, Trägerform, mit entzück. weiß. Blüschchen,
 pro Größe 40 Pf. mehr, für 5 Jahre Stück **2.95**

Wasch-Sepplanzug Velveton-Lederhos,
 Träger, für 2-6 Jahre, für 2 Jahre Stück **2.95**
 pro Größe 40 Pf. mehr

Mädchen-Kleider feinfarb. u. weiß, In-
 danthren-Rips, hübsch garniert, für 5 Jahre Stück **1.95**
 pro-Größe 20 Pf. mehr

SCALA
 Nikolaistr. 27.
 Beginn 5, 6.40, 9 Uhr
 Schluss d. 1. Vorst. 7.40
Marlene Dietrich
 in
Schanghai-Expres
 Dazu das Riesens
SKALA-VARIETE
Nicola Lupo
 Der größte Verwandlungskünstler der
 Gegenwart in 63 Verwandlungen
Whalman
 Komik ohne Worte
Hans Röhr
 Der menschliche Hydrant
 Das grosse Rätsel der Gegenwart
 Um 5 Uhr hat jeder Besucher das Recht,
 den nächst besseren Platz einzunehmen.
 Vorverkauf 11-1 Uhr - Tel. 55522
 Humboldt- u. andere Vergünstig. wie üblich.

GLORIA PALAST
 Heute Premiere 315, 515, 715, 915
Der Tonfilm der Komiker
Zu Befehl Herr Unteroffizier
 Der grosse Lachschlager
 mit
Ralph Arth. Roberts
 Paul Westermayer
 Henry Bender
 Ida Wüst
 Rosa Valette
 Margot Walter
 Harry Halm
 u. v. m.
 Zuvor das extra-reichl. Beiprogramm
 Um 315 Einheitspreis 90 Pf.
 Preise 1.-, 1.30 usw. - Tel. 53757

Wieder zwei neue spottbillige Fabrikposten garnierte Damenhüte
 besteh. aus lesch., mod.
 Formen, aus fein., mittl.
 u. grob. Geflechten, in
 schön. Farbentönen,
 mit vielseitiger Band- u.
 teilw. Blumengarnierung
 zum Aussuchen
 Stück **1.25, 1.75**

MESSOW WALDSCHMIDT
 G. m. b. H.
 Schmeidebrücke

Fernsprecher 21737 u. 21739
 Gediegene und zweckmäßige
 Ausführung aller Drucksachen
 preiswert in kürzester Lieferzeit
Druckerei VOLKSWACHT
 BRESLAU 2 - Flurstraße Nr. 4/6

Cremer & Co.

Rund um den Millionenfandal der Devaheimler Der Luxus-Chrysler als Rheumamittel — „Stützen der Gesellschaft“

Im Berliner Devaheim-Prozess schält sich immer eindringender das Bild einer empfindlichen Mischwirtschaft heraus, eines Betriebes von unbegreiflichem Ausmaß, den die Exponenten des Ständes vergeblich durch hochfahrende Gellen und salbungsvolle Soliditätsbeschwörungen zu vertuschen suchen. Ein Charakter ganz besonderer „Güte“ ist der Pastor Cremer, einsteigend ganz prominente Autorität auf dem Gebiete des evangelischen kirchlichen Wohlfahrtswesens. Dieser Herr, immer mit würdig erhobener Zeigefinger und leicht überheblichem Lächeln doziert, wobei er sich gern den wohlgepflegtesten raumverfügbaren Spitzbart streicht, hat Dinge getrieben, die in einem geradezu grotesken Gegenlag zu dem oft zitierten und sehr selten folgenden Bibelwort von den irdischen „Schätzen“ stehen, die man nicht sammeln sollte, weil sie ja der Rost fressen.

„Berufsbeweglichkeit“
In der Donnerstag-Sitzung kam nochmal der unmäßige, aber sehr leicht des Angeklagten Pastor Cremer zur Sprache. Herr Cremer findet nichts dabei, daß er in einem Zeitraum von Jahren insgesamt 5 Luxusautomobile verbraucht, darunter 2 große 6- bis 7-sitzige Horchwagen und einen Chrysler im Werte von 20 000 Mark, den dieser famose Repräsentant der evangelischen Wohlfahrt aus Gründen „größerer Berufsbeweglichkeit“ benutzen zu müssen glaubte. Herr Cremer wohnt Potsdam und der Staatsanwalt betonte in der Donnerstag-Sitzung mit Recht, daß man mit der Stadthahn weit billiger und eigentlich schneller nach Berlin gelangen könne als in einem 20 000-Mark-Luxus-Chrysler. Im übrigen sagt der Ankläger, könne man diesen erkauflichen Luxus als „berufliche Bedürfnisse“ betrachten. „Wenn er nicht auf Kosten und mit den Geldern der armen Leute geschieht wäre.“ Der angeklagte Cremer mußte auf diesen vernichtenden Vorwurf nichts anderes zu erwidern, als erregt gestikulierend die ermittelnde Tatsache festzustellen, daß er früher auch einen kleinen Chrysler gehabt habe. Er hätte dieses kleinere Auto doch mit dem siebenstzigen vertauschen müssen, da es ihm in dem kleinen Auto so zu ginge gewesen sei, daß er sich Rheumatismus geholt habe. Der Pfarrer Cremer sagte und meinte wirklich durchaus ernsthaft: „Ich habe lange gesucht, einen größeren Wagen zu bekommen. Der einzige, in dem es nicht zog, war der große Chrysler.“

Es ist geradezu unglaublich, in welcher aufreizender Weise die Bergelder der armen Leute den Hyänen des Devaheim-Schlachtes nachgeworfen worden sind. Pastor Cremer erhielt im Laufe von 2½ Jahren ein Autoverleihen von mehr als 60 000 Mark. Als Geschäftsführer der Evangelischen Erziehungszentrale bezog der allzu irdische Geistliche ein jährliches Gehalt von 6 000 Mark, zu dem noch eine Aufwandsabrechnung von 4 000 Mark kam, außerdem von September bis Februar Sonderzusammenhänge in Höhe von 13 900 Mark, womit allerdings die Einnahmen Cremers sicher nicht deckt sein dürften. Besonders schmerzhaft für den Pastor waren die Feststellungen über die Geheimfonds, die von Cremer verwaltet wurden: Diese Geheimkonten in Höhe von 180 000 Mark, die aus Reichszuschüssen bestanden und die eigentlich zu Unterstützungszwecken Verwendung finden sollten, hat Herr Cremer den bedenklichsten Manövern benutzt. So gab er aus diesen Unterstützungsfonds einem Koblenzer Sanatorium 25 000 Mark langfristigen Kredit. Die besondere Pointe dieses Kredits ist allerdings, daß Herr Cremer Geschäftsanteile dieses so warm unterstützten Koblenzer Sanatoriums besitzt. Der Wohlfahrtsdirektor Cremer ist wahrhaftig eine der düstigen Blüten am Summe der öffentlichen Korruption.

„Wirkliche Not.“
Es gibt viele dunkle Kapitel in diesem Prozeß. Alle suchten zu gedenken durch die christlich-logische Tarnkappe, Geld engros zu machen. Als unvermeidlich geliebener Zeuge befand der Geschäftsführer Dr. Libberich, einer der engeren Vertrauensleute des Pastors Cremer, daß er von der Hilfskasse einen Monatslohn von 2 500 Mark erhielt. Im Falle des Dr. Libberich seien besonders trübe Machinationen vorzuliegen; übernahm die Hilfskasse eine Schuld von 140 000 Mark, die Libberich mit einem mit Devaheim liierten Bankhause hatte. Warum die Hilfskasse so unwahrscheinlich großzügig war, ließ sich vorerst noch nicht feststellen. Man könnte beinahe vermuten, daß hier ein nicht unbequemes ein Schweigegeld aus Banknoten verpackt war.
Soweit die Devaheimler nicht ganz gerissene Geschäftsleute sind, zeigen sie sich zührend naiv. Vor den Richtern steht ein 58-jähriger, in Ehren grau gewordener Mann, der Universitätsprofessor Geheimrat Seeburg, seines Zeichens der Präsident des Zentralausschusses für Innere Mission. Man kann es dieser Spitzeninstanz glauben, daß sie von den ganzen empörenden Dingen, die bei Devaheim gleichsam im Stodwerk tiefer geschoben wurden, nicht die leiseste Ahnung hatte. Dieser Mann leitete die Verhandlungen des

Zentralausschusses und überließ im übrigen dem Pfarrer Cremer alles übrige. Als ihm nachträglich die seltsamen Transaktionen des Pastors Cremer zu Ohren kamen, war er nicht gerade angenehm berührt; man merkt dem alten Herrn an, wie peinlich ihm das ganze flebrige Milieu ist, in dem er erst mühselig herumtasten muß. Er ist der Ansicht, daß Cremer regelwidrig zum mindesten äußerst unklug gehandelt habe. Was die Dispositionsfonds angeht, so umschreibt er ihre Aufgabe mit folgendem laienbaren Satz: „Die Fonds sollten da eingreifen, wo wirkliche Not vorhanden war, so bei Beamten, Direktoren usw.“

Früh läßt sich ...
Ein Glanzstück in der Angeklagtengalerie ist auch der Direktor Wilhelm Zepfel. Ein Mann mit unerklärlichem Redeflug, einer sofort emporgewirbelten Rüstfertigkeit und den Manieren eines sich als Märtyrer fühlenden Napoleon. Dieser Zepfel, der als einer der hauntschlichsten und einflußreichsten Männer der evangelischen Wohlfahrtspflege gilt, war Aufsichtsratsvorsitzender der Devaheim. Als solcher ist er an den heillosen Schickungen und den wilden Halardgeschäften führend beteiligt. Das Bild der Gewissenlosigkeit, das dieser Sumpf des soziales Wohlstandigen Bürgertums bietet, rundet die Person des Angeklagten Cremer jun. ab. Dieser Jüngling, ein halbes Kind, aber im Schieben anscheinend schon wohlvertraut, war bereits mit 23 Jahren wohlbestalltes regierendes Vorstandsmitglied in der Dynastie Cremer. Eine schlimmere und erbärmlichere Komödie kann es wohl nicht geben.
Alle Angeklagten, ohne Ausnahme, sind Freunde der Nazis und der Deutschnationalen!

Bei der Landtagschlägerei schwer verwundet



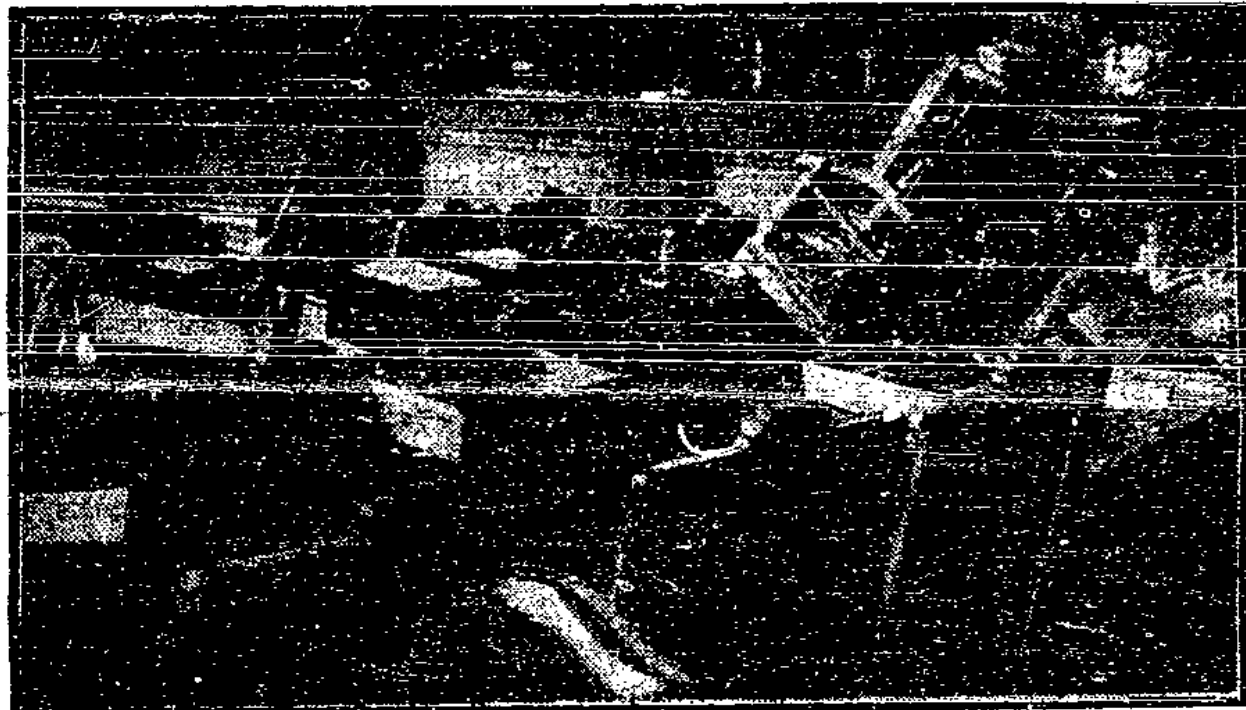
wurde der bei dem Kampf gänzlich unbeteiligte sozialdemokratische Abgeordnete Jürgensen, der mit einem Schädelriß am Hinterkopf und einer ernstlichen Unterkieferverletzung ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Flugzeugzusammenstoß in der Luft

Ein Toter
In 3500 Fuß Höhe flogen gestern zwei britische Kampfeinsitzer bei Shoreham-on-Sea zusammen und stürzten ab. Der Insasse des einen Flugzeuges konnte sich durch Fallschirmabstimmung retten. Der zweite Flieger wurde unter seinem Flugzeug tot hervorgezogen. Er war in seinen Fallschirm verwickelt, den er anscheinend nicht rechtzeitig von dem Flugzeug hatte lösen können. Die abgestürzten Flugzeuge gehören einer der schnellsten Typen der Welt an. In diesem Jahre ist dies bereits der dreizehnte Todesfall in der britischen Luftkriminalität.

Die „Erneuerung Deutschlands“

Wehe dem Volke, wenn Howdys regieren!



So sah es im Landtage nach der Nazischlacht aus. Während des Kampfes wurden sämtliche erreichbaren Gegenstände als Angriffs- und Wurfgeschosse verwendet: Stühle, Stuhlpolster, Tischfüßen, Tintenfüßer, Glühbirnen und Wasserflaschen. Den angerichteten Schäden trägt natürlich das Volk und nicht die Stroiche, die ihn angerichtet haben. Doch man stelle sich vor, wie es bald in ganz Deutschland aussehen würde, wenn die Sorte zur Macht über das Volk käme.

Neuer Bankfandal

Bei der Oberamtsparasse in Baihingen a. d. Eng sind bei einer Revision durch den Stuttgarter Girokassenverband Fehlbeträge in Höhe von 500 000 bis 600 000 Mark festgestellt worden. Der Direktor der Sparkasse, Toberer, wurde verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Heilbronn gebracht. Der Kassierer Wischul hat sich bei der Strafverfolgung durch Selbstmord entzogen. Beide Beamte haben bei Kreditgewährungen ihre Befugnisse weit überschritten und salbungswidrig mit Finanzwechseln gearbeitet. Zur Verschleierung dieser Tatbestände wurden auch Falschbuchungen vorgenommen. Gegen den Vorsitzenden der Sparkasse, den Landrat Voegel, ist wegen ungenügender Dienstaufsicht ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Öffentlich, fiktive Dividenden verteilt und eine den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechende Kapitalerhöhung vorgenommen zu haben — Vergehen, die wie Betrug bestraft werden. Aus dem Bericht der Bücherachverständigen über die Geschäftsführung der Gesellschaft geht hervor, daß Francois Marsal über die der Firma zur Last gelegten Vergehen unterrichtet gewesen sein muß. Francois Marsal hat als Verteidiger den früheren Präsidenten der Republik, Millerand, gewählt, der ihn 1924 mit der Rabinettbildung beauftragt hatte.

Einsturzungslud

In einem älteren Schloßbau in Brüssel stürzte während der Besichtigung durch eine Mädchenkutschlässe der Fußboden eines Saales ein. Etwa dreißig Mädchen erlitten Verletzungen.

Brauchtisch filmt

Der Sieger des großen Autosrennens, Manfred von Brauchtisch, wurde von der Metro-Filmgesellschaft für die Hauptrolle in einem Autorennfilm verpflichtet.

Sittiges Hackfleisch

In Düsseldorf erkrankten 25 Personen infolge des Genusses von verdorbenem Hackfleisch an Fleischvergiftung.

Früherer Ministerpräsident als Bilanzfälscher

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft Elektro-Cabel, der frühere französische Ministerpräsident Francois Marsal, ist unter Anklage gestellt worden. Der Generaldirektor der Gesellschaft, Gerard, ist bereits wegen Verletzung des Gesetzes über die Aktiengesellschaften angeklagt. Der Gesellschaft, gegen die seit Januar das gerichtliche Liquidationsverfahren eingeleitet ist, wird vorgeworfen, eine falsche Bilanz ver-

Proleton

Tonfilmbühne
Gabitstr. 20-22, Hötchenstr. 49 Anfangszeiten 6.30 und 8.30

Ein Ereignis — das außerordentliche Großprogramm

1. Hinter die Kulissen des Tonfilms führt

Die verliebte Firma

die reizende Tonfilmoperette mit:
Lion Dreyer, E. Vorebes, Gustav Fröhlich

2. Neueste Ton-Wochenschau

3. Magda Sonja — Hans Fehér

„Ihr Junge“

In weiteren Rollen:
Saskia Szankall, Mido Rosch, Friedrich Fehér, Jar. Koolan

4. Auf der Proleton-Bühne:

Blackwells — Zwei moderne Equilibristen

Eintrittspreise ab 60 Pf. — Erwerblos wochentags bis 27% Ermäßigung. — Jugend verboten!

ARBEITER-SPORT-KARTELL

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Zitternase

Von G. Th. Rotman



1.
Guten Tag, liebe Kinder! Ihr kennt mich, die Spitzmaus, doch noch alle, nicht wahr? Und ihr wißt auch wohl noch, daß ich jetzt Gefelle bei Kiebschwanz, dem Antreiber, bin. Nun denn, hört zu, ich habe wieder neue Abenteuer erlebt, die ich euch erzählen will. Eines Nachmittages war ich im Garten damit beschäftigt, ein eisernes Gitter anzutreiben ...

2.
„Holla, du Spitzmaus!“ hörte ich auf einmal. Aufblickend, sah ich den Frik vom Rönse-Milchmann über den Zaun gucken. „Na, dich!“ rief ich, denn der Frik ist ein recht langweiliger Kerl. „Meinst du?“ rief er aus, „ich möchte zuerst so einen ledernen Apfel von deinem alten Kiebschwanz haben!“ — „Unterstehe dich nicht, den Apfelbaum anzurühren!“ erwiderte ich brodelnd.



Hitlers Notverordnung!

Kurz vor dem ersten Wagnis im Kampf um den Posten des Reichspräsidenten erklärte Adolf Hitler zur Verhütung des Auslandes, auch er werde, wenn er an die Macht komme, keineswegs nun gleich alle Notverordnungen zerreißen. Auch er werde zunächst wenigstens mit Notverordnungen regieren. Er ist noch nicht an der Macht, aber er beglückt uns doch bereits mit Notverordnungen. Die neueste Notverordnung, die in den nächsten Tagen verabschiedet werden soll, ist keine Notverordnung, wenn sie auch die Unterschrift der Brüning-Regierung tragen mag.

Warum Hitlers Notverordnung? Weil sie nichts anderes ist als die Quittung für die politischen Wahlen dieses Frühjahrs. Die Auswirkungen des Regierens bei diesen Wahlen treten jetzt in dem neuen Arbeitslosenstand völlig klar zutage.

Der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt ist ein Alarmbericht. Die jüngste Frühjahrsentlastung ist erschreckend gering. Sie beträgt in der ersten Maihälfte nur 64 000 gegenüber einem Rückgang von 150 000 im Vorjahr, das doch wahrhaftig auch schon ein recht schlechtes Jahr gewesen ist. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht Stagnation, weil weder im Inland noch im Ausland Vertrauen sich regt. Ohne Vertrauen ist aber eine wirtschaftliche Wiederbelebung nicht möglich.

Weil kein Vertrauen da ist, wird auch Lausanne höchstwahrscheinlich nur eine neue Enttäuschung bringen, und diese Enttäuschung dürfte eine neue Erschütterung des Arbeitsmarktes bringen.

Kein Wunder also, wenn die Regierung die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sehr pessimistisch betrachtet, wenn sie sich von ihrer Arbeitsbeschaffung nur wenig Entlastung des Arbeitsmarktes erhofft, wenn sie in Folge dessen schon jetzt, weil sie nun gar mit einer Durchschnittsarbeitslosenziffer von 5,9 Millionen rechnen muß, vorfolglich neue schwere Opfer zur Finanzierung des Arbeitslosenlohnes vom Volk fordert. Wäre irgendwo am Horizont des Arbeitsmarktes durch Wiederkehr des Vertrauens in die Wirtschaft ein Silberstreifen sichtbar, dann wären die von der Regierung geforderten Opfer jedenfalls nicht in der jetzt sichtbar werdenden Schwere und Schärfe notwendig. Man löse mit weniger Opfern aus.

So aber müssen wieder Hunderte von Millionen Markt gemacht werden, rechtzeitig gesichert werden, damit nicht eines Tages die Arbeitslosen völlig vor dem Nichts stehen.

Was fordert die Regierung? Sie hat noch keine endgültigen Beschlüsse über die Gestaltung der Neufinanzierung des Arbeitslosenlohnes getroffen. Die Linie ihrer Beschlüsse ist jedoch klar erkennbar; sie ist in der Presse auch bereits skizziert worden. Dort ist an den neuen Opfern die finanzielle Belastung der noch in Arbeit stehenden Menschen, weil sie alles andere als eine gerechte Belastung ist. So wird an dem „Schicksalstentener“. Man von den Arbeitnehmern scharf kritisiert, daß nicht alle Einkommen erhöht werden und anschließend wieder einmal die Existierenden frei ausgehen sollen. Vor allem in der Beamtenklasse wird demgegenüber scharfer Protest erhoben. Aber auch die schon bestehende Kriegsteuer ist ungerecht und deshalb wird ihr Umbau durch Heranziehung aller Einkommensbezieher und durch Ausgleich des Steuertarifs gefordert.

Noch schlimmer aber als diese Ungerechtigkeiten ist die Belastung der Arbeitslosen zur Finanzierung des Arbeitslosenlohnes. Die Arbeitslosenversicherung soll bluten. Man will bei etwa 400 Millionen durch Lohnsenkungen einsparen und zu diesem Zweck vor allem die Dauer der Unterhaltung von 20 auf 13 Wochen kürzen, womit man dann also glücklicherweise bei der Hälfte der Unterhaltungsdauer gegenüber früher 26 Wochen ankommen wäre. Ebenso will man die Unterhaltungsätze, wenn auch verbunden mit allerlei kleinen Härtemildnerungen, vor allem durch Senkung der Lohnklassen von 8 bis 11 auf die Höhe der Kriegsverlänger herabdrücken. Der Durchschnittsunterhaltungsatz pro Kopf und pro Monat in der Versicherung, der zur Zeit netto 49 bis 48 Mark beträgt, würde dann auf 38 bis 36 Mark, das wären also rund 9 Mark pro Woche, herabsinken. 9 Mark Unterhaltung pro Woche — wie soll davon ein Hauptunterhaltungsanspruch existieren. In der Kriegsverlänger will man an Stelle des Begriffs der Bedürftigkeit den der Hilfsbedürftigkeit im Sinne der kommunalen Fürsorge einführen. Das würde eine Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung und eine Ausweitung der Kriegsunterstützung an die Spitze der Wahl-Liste herbeiführen.

In der Wohlfahrtsunterstützung selbst soll, wie verlautet, keine Milderung vorgenommen werden.

Das ist eine ungerechte Lastenverteilung. Gegen diese Ungerechtigkeit muß schon jetzt Protest erhoben werden. Ob aber die Regierung diesen Protest berücksichtigt? Nicht nur die neue Last, sondern auch die ungerechte Lastenverteilung ist nur die Quittung Hitlers für die politischen Wahlen. Nur die allerhöchsten Räder wählen ihre Weiser selber. Diesen Weisern genügt das noch nicht einmal, was die Notverordnung an Belastungen und vor allem an ungerechten Belastungen für die Massen bringt. Sogar die „Kölnische Zeitung“ — also noch nicht einmal ein Blatt der Schartmacher — bemerkt sich, daß der Sozialabbau in der neuen Notverordnung nicht weit genug gehe. Nicht die Allgemeinheit, sondern die ausgeplünderten Arbeiter und die Vermissten der Armeen, die Arbeitslosen, sollen noch mehr bluten. Der bisherige Notverordnungsabbau im Lohn, in der Krankenversicherung, in der Unfallversicherung, in der Arbeitslosenversicherung — alles das genügt den Herrschenden, die die Regierung Brüning kürzen wollen, noch lange nicht. Die Herrschenden, die eine schärfere Notverordnung fordern, das sind dieselben Herrschenden, die Tag für Tag Brüning anfordern, abzutreten und die Macht an Hitler auszuüben!

Kann es da gegenüber unserer Behauptung noch einen Zweifel geben, daß die neue Notverordnung nichts anderes ist als die Quittung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die bei den Wahlen auf die Hitlerplakate heringefallen sind? Hitler — niemand anderes ist der wirkliche Verantwortliche für die neue Notverordnung.

Vertrauen! Vertrauen!

Eine Forderung des Nationalrats bei möglichen Neuwahlen und der Reichsregierung

Der Generalrat des Gewerkschaftsbundes und die Exekutivkommission der Arbeiterpartei veröffentlichen ein Manifest, in dem erklärt wird, die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist die Voraussetzung zur Überwindung der Krise. Es ist nicht möglich ohne Lösung des politischen Schicksals...

ohne Einschränkung des übertriebenen Zollprotektionismus, ohne Sicherung des Friedens in Ostasien und ohne Fortschritt auf dem Weg der Abrüstung. Diese vier Fragen seien eng miteinander verbunden.

Das Manifest schließt mit einem Appell an die Arbeiterorganisationen, auf die Regierungen einzuwirken, daß sie einen Abrüstungsvertrag entsprechend den Forderungen der Arbeiterinternationale abschließen.

Neut Streikbeginn der Berliner Bau- und Geldschrankmacher

Auch in der demokratischen Presse wird jetzt auf die wachsende Gefahr der Enttarnung eines tariflosen Zustandes hingewiesen. So macht das „Berliner Tageblatt“ darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber fast überall die Parteiverhandlungen verschleppen, zum Teil sogar verhindern und daß diese Bestrebungen der Arbeitgeber auch durch die Forderung des Reichsarbeitsministeriums, das nur noch selten Verbindlichkeitserklärungen ausprechen lassen will, gefördert werden. Dadurch sei die Gefahr einer Ausbreitung der Tariflosigkeit jetzt erst recht groß geworden.

Die Vertrauensleute der Berliner Bau- und Geldschrankmacher haben im Einvernehmen mit der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes den von den Branchen-

Das geht nicht mehr

sagen die Breslauer Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner

In einer Mitgliederversammlung im Schieferwerber referierte Kollege Blaud über die vom Reichsarbeitsminister beabsichtigten weiteren Lohnkürzungen ab 1. Juni 1932. Als Grundlage dazu dient die Notverordnung vom 5. Juli 1931 mit dem § 7 Abs. 4, wonach die Löhne der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner angehört werden sollen. Durch Einspruch und Verhandlungen der Organisationen mit den ministeriellen Instanzen wurde am 22. August 1931 eine Vereinbarung erzielt, durch die nach einer Erklärung des Arbeitsministers die Notverordnung im § 7 Abs. 4 als erfüllt gelten sollte. Entgegen dieser Erklärung wird vom Finanzministerium die Angleichung trotzdem ab 1. Juni gefordert. Bei dem in der Zwischenzeit durch die Notverordnung vorgenommenen Lohnabbau von 10 Proz. ist den Gemeindegewerkschaftern ein weiteres Unrecht zugefügt worden, indem der Stand der Lohnhöhe von 1927 für sie nicht in Betracht kam und ihre Löhne incl. der Arbeitszeitverkürzung von vier Stunden um mehr als 30 Proz. insgesamt gesenkt wurden. Nach einer Gegenüberstellung der Löhne zwischen Reichsarbeitern und Gemeindegewerkschaftern würde ein weiterer Lohnverlust von 6-8 Proz. pro Stunde zu verzeichnen sein. Die Organisation hält diese Zumutung für untragbar und hat deswegen den Ministerien die tatsächlichen Verhältnisse in einer Denkschrift klar und deutlich geschildert. Daraufhin stattgehabte Verhandlungen mit Vertretern bei den Ministerien erbrachten Richtlinien des Finanzministers, daß an der grundsätzlichen Durchführung der Notverordnung entsprechend festzuhalten ist. Es können jedoch Abweichungen mit Zustimmung des Finanzministers vereinbart werden, wenn diese lohnpolitisch unbedenklich erscheinen und die finanzielle Auswirkung im ganzen nicht wesentlich ist oder, wenn die Abweichung zur Vermeidung außergewöhnlicher Härtefälle notwendig erscheint. In diesen Fällen ist der Ausgleich so zu bemessen, daß der gegenwärtige Stundenlohn nicht um mehr als 10 Proz. gesenkt wird. Vom RAB wurde darauf ein den Richtlinien entsprechender Vorschlag, welcher die Löhne ab 1. 6. 1932 neu regelt eingereicht, der aber wegen seiner wesentlichen Verschlechterungen abgelehnt werden mußte. Verhandlungen über einen Gegenvorschlag der Organisation führten zu keinem Ziel, somit sind nun weitere Verhandlungen über die Beibehaltung der bestehenden Löhne mit dem Magistrat zu führen, die für nächsten Montag im Aussicht gestellt sind. Auf den Ernst der Situation sind die Vertreter der Stadt durch die Organisationen bereits aufmerksam gemacht worden. Von den zehn Diskussionsreferaten wurde unter Abweichungen über die Kampfsmethode allgemein zum Ausdruck gebracht, daß

angehörigen in geheimer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Streik auf heute früh festgelegt. Veranlassung dieses Streiks ist ein Schiedsspruch, der die Tariflöhne um 5,7 Prozent kürzen und darüber hinaus auch noch die Möglichkeit zu rechtlosem Abbau der übertariflichen Löhnen geben will.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Land- und Forstwirtschaft

ist höchst unerfreulich. Die letzte Zählung der von den Arbeitsämtern gemeldeten verfügbaren Arbeitsuchenden aus der Land- und Forstwirtschaft, die von Anfang Mai datiert, ergab 184 324 männliche und 45 283 weibliche, insgesamt 229 607 Personen. Anfang April dieses Jahres waren es 302 799. Mit ihm ist ein Rückgang um rund 73 000 Personen oder 24 Prozent eingetreten. In den vergangenen Jahren war die Entlastung des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsmarktes in der Zeit von Anfang April bis Anfang Mai prozentual wesentlich stärker. Sie betrug im Jahre 1931 rund 30 Prozent, im Jahre 1930 rund 40 Prozent, im Jahre 1929 rund 57 Prozent und im Jahre 1928 rund 45 Prozent.

Neuerliche Stärkung der Wojewodschaftsbewegung für die Arbeitslosen

Kattowitz. Die verheirateten Arbeitslosen hatten bisher von der Wojewodschaft eine wöchentliche Unterstützung von 12,5 Zloty erhalten. Bei der letzten Auszahlung wurde ihnen mitgeteilt, daß ihre Bezüge um 30 Prozent gekürzt seien. Die Arbeitslosen, deren sich eine starke Erregung bemächtigt hat, haben beschlossen, bei der Wojewodschaft gegen diese neue Kürzung zu protestieren.

es nunmehr mit der Langmut der Breslauer Gemeindegewerkschafter zu Ende ist. Einzelne Redner forderten sofortige Aufnahme der Verhandlungen und baldigste Urabstimmung über Streik. In die Behauptung in der SWB, daß die Mitglieder der SWB, die eine Abstimmung über die Gemeindegewerkschafterlöhne verhindern hätten, wurde von einem Genossen der SWB, erklärt, daß diese Notiz nicht ganz der Wahrheit entspricht und eine Berichtigung erfolgen dürfte.

Schluss mit jeder weiteren Zumutung eines neuen Lohnabbaues — energische Abwehr mit allen Mitteln durch die Organisation — enger Zusammenhalt aller Gemeindegewerkschafter zum gemeinsamen Handeln — dies war der einheitliche Wille, der durch eine entsprechende einstimmig angenommene Entschließung bekundet wurde.

Die Abteilung Straßenbahn im Gesamtverband für die bei der Verkehrsabteilung der Städtischen Straßenbahnen beschäftigten Arbeitnehmer je eine Versammlung für Dienstag den 24. nachmittags und Mittwoch, den 25. Mai 1932, vormittags im Gemeindegewerkschaftshaus einberufen. Das Thema in diesen Versammlungen war das gleiche. Nach eingehendem Bericht der Sektionsleitung über die Absichten, die der Magistrat der Stadt Breslau auf Drängen des Reichsarbeitsgeberverbandes durchzuführen beabsichtigt, wurde in der Aussprache von allen Rednern übereinstimmend zum Ausdruck gebracht „Nun ist's genug“. Die wiederholten auf Grund der Notverordnungen vom 5. Juni und 8. Dezember 1931 vorgenommenen Lohnkürzungen in Verbindung mit einer Herabsetzung der Arbeitszeit haben das Einkommen des Einzelnen um ein Drittel verringert. Eine nennenswerte Senkung der Lebenshaltungskosten, wie sie die Notverordnung vom 8. 12. 1931 in Aussicht stellte, ist nicht eingetreten. Fälle, in denen schon heute die Hälfte des Nettoeinkommens allein für die Mietausgabe werden, stehen nicht vereinzelt da. Jede weitere Verschlechterung des Einkommens mag sie auch noch so gering sein, untragbar.

Sollte der Magistrat trotzdem versuchen, seine niemandem zum Vorteil gereichenden Maßnahmen durchzuführen, dann sind die Straßenbahner zur entschlossenen Abwehr bereit.

Eine der Versammlung vorgelegte Resolution wurde mit wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

Staat im Durbach-Konzern

Der Durbach-Kali-Konzern steht vor der Notwendigkeit einer Sanierung. Viele soll vorgenommen werden durch die Besetzung von etwa 30 Millionen aufgesammelten eigenen Aktien und weiter Beschneidung des dann noch 40 Millionen betragenden Kapitals um 25 Prozent. Der Konzern arbeitet stark mit fremden Geldern, belaufen sich doch die Bank- und sonstigen Schulden auf über 100 Millionen Mark. Besorgend ist, daß die Aktionäre diese Zusammenlegungen auf ihre Kosten nicht gerade freundlich betrachten, zumal verlautet, daß die Verwaltung ziemlich selbstherrlich und wenig zimperlich die Geschäfte geführt hat. Es haben sich auch bereits Schutzorganisationen der Aktionäre gebildet, eine mit dem Sitz in Hannover und eine „Neue Schutzvereinigung der Durbach-Aktionäre von Rheinland und Westfalen“, die in Essen eine Besprechung abhielt. Magistrat Riemer, Essen, der die Interessen der Aktionäre auf der kommenden SWB der Durbach-Kaliwerke A.-S. vertreten soll, betonte auf einige Anfragen, daß die Aktionäre, die er vertritt, weder irgendwelchen Kreisen der Kaliindustrie noch der Hauptgläubiger der Durbachwerke, der Commerz- und Privatbank, nahestehe, aus einer Überbild über die durch die Erklärung der Durbach-Verwaltung vom 4. Mai beauftragte Situation im Durbachkonzern, die in der Vergangenheit von der Verwaltung stets verschleiert und beschönigt worden sei. Die Erklärung lasse noch viele Fragen offen, die im Geschäftsbericht und in der SWB geklärt werden müßten. Die Opposition habe vor allem die Aufgabe, zu untersuchen, wie und warum die Verwaltung den Aktienbesitz von 33 Millionen Mark eigenen Aktien (von insgesamt 70 Millionen Mark Aktienkapital) aufgesammelt habe, der nunmehr 20 Millionen Mark betrage. Von den 49 Millionen Mark Schulden der Verwaltungsgesellschaft des Durbachkonzerns, der Durbach-G.m.b.H., seien, wie nunmehr auszugehen sei, 37 Millionen Mark durch Wechsel und Schecks der Muttergesellschaft gesichert. Zu der Bilanz für 1930 habe man diese Verschleierung jedoch mit keinem Worte erwähnt, was unbedingt als Verschleierung bezeichnet werden müsse. Der nach dem Wechselkapitalgesetz erwerb eigener Aktien habe zu den großen Schäden geführt, und es müsse nun festgestellt werden, ob und in welcher Höhe Schadenersatzforderungen aus diesem Verhalten an die Verwaltung herbeizuführen seien können. Hier müßten alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausgenutzt werden. Die Gruppe werde in der SWB die Einleitung einer Kommissionsuntersuchung fordern, um sich die notwendigen Aufklärungen zu verschaffen.

Reorganisation des gesamten russischen Bankwesens

Unter dem 5. Mai ist eine Verfügung des Rats der Volkskommissare ergangen, bezufoolge im Rahmen des Finanzkommissariats eine Reihe von Spezialbanken für langfristige Investitionen gegründet werden soll. 1. eine Bank zur Finanzierung der Industriebauten und der Elektrizitätswirtschaft (og. „Prombank“), 2. eine Bank zur Finanzierung der sozialistischen Landwirtschaft (Landwirtschaftsbank), 3. eine Bank zur Finanzierung von Bauten der Konsumgenossenschaften („Wobobank“), 4. eine Bank zur Finanzierung von Kommunal- und Wohnungsbauten („Zelobank“). Die Bank zur Finanzierung der Industriebauten hat die Aufgabe, auf dem Wege der rückzahlbaren Investitionskredite und langfristiger Darlehen den Bau von staatlichen Industriebetrieben zu finanzieren. Die Landwirtschaftsbank (2) soll nicht rückzahlbare Investitionskredite und langfristige Darlehen den staatlichen Landwirtschaftsbetrieben, den Traktorenstationen und den Kollektiv-Wirtschaften gewähren. Die Bank, die die Bauten der Konsumgenossenschaften finanziert wird, hat die Aufgabe, langfristige Darlehen den Konsumgenossenschaften (mit Ausnahme der Wohnungsbau genossenschaften) zu gewähren. Die Bank zur Finanzierung des Wohnungsbaus soll ihre Ziele durch nicht rückzahlbare Investitionskredite und langfristige Darlehen erreichen. Alle genannten Banken dürfen Zweigniederlassungen errichten. In den Orten, wo keine Filialen der Staatsbank auf Grund entsprechender Verträge die Operationen der einzelnen Banken durchführen. Alle Mittel, die für Kapitalinvestitionen auf Grund von budgetären Bewilligungen aus Staatsmitteln oder aus Mitteln der Konsumgenossenschaften oder schließlich aus Spezialfonds fließen, werden in den entsprechenden Spezialbanken konzentriert. Die Banken vollziehen ihre Operationen auf Grund von Jahres- und Quartalsplänen, die von den zuständigen Kommissariats- und Behörden aufgestellt werden. Auf Grund dieser Pläne haben die Banken die Kontrolle über die Verwendung der durch sie gewährten Mittel durchzuführen. („Sa. Industr.“, 6. 5.)